

Planung einer problemorientierten und kontroversen Stunde

Aktuelle Herausforderungen unseres Rechtsstaats

➔ Rechtsextremistische Unterwanderung des Schöffenamtes

Konkreter Gegenstand

Laienrichterinnen und Laienrichter - wünschenswerte Partizipation des Volkes?

Hauptintention: Die SuS bewerten nach Kriterien differenziert (Legitimität; Partizipation vs. Machtmissbrauch) und in Ansätzen reflektiert (Demokratieverständnis) inwieweit das Schöffenamts (Laienrichterinnen und Laienrichter) eine wünschenswerte Partizipation des Volkes ist.

Sachstrukturanalyse

Das Schöffenamts ist ein zentrales Element des deutschen Rechtssystems, das den Bürgerinnen und Bürgern eine aktive Rolle in der Rechtsprechung ermöglicht. Schöffeninnen und Schöffen sind Laienrichterinnen und Laienrichter, die in Strafverfahren mitwirken, insbesondere bei der Urteilsfindung. Das Amt soll den Bürgerinnen und Bürgern Partizipation und Mitbestimmung im Rechtssystem ermöglichen und so die Demokratie stärken.

Allerdings gibt es zunehmend Bedenken hinsichtlich der Rechtsextremismusgefahr im Schöffenamts. Besonders seit der verstärkten öffentlichen Aufmerksamkeit auf rechtsextreme Netzwerke innerhalb der Gesellschaft stellt sich die Frage, inwiefern die Partizipation des Volkes durch Laienrichterinnen und Laienrichter gefährdet werden könnte, wenn extremistische Strömungen in dieses System eindringen.

Die Frage, die sich stellt, ist daher, wie das Schöffenamts als Form der demokratischen Partizipation angesichts dieser Herausforderungen weiterhin sinnvoll und sicher gestaltet werden kann. Es geht darum, das Spannungsverhältnis zwischen der Legitimität der Partizipation des Volkes an der Rechtsprechung und den potenziellen Gefahren einer Unterwanderung durch extremistische Kräfte zu verstehen und zu bewerten.

Kriterien: Demokratieverständnis

- Sinnvolle Partizipation in der Rechtsprechung
- Risiko der politisierten Besetzung des Amtes (Unterwanderung durch extremistische Gruppen)

Vorausgesetztes Wissen: Schöffenwahl und Funktion des Schöffenamtes

Einstieg



**Wenn ich nicht zu alt wäre, würde ich mich bewerben.
Man könnte doch zumindest versuchen, positiven
Einfluss auszuüben.**

Telegram-Nutzerin in Querdenken-Kanal

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/schoeffen-wahl-rechtsextreme-richter-ehrenamt-100.html>

Arbeitsauftrag: Ordnen Sie die Aussage der Telegram-Nutzerin im Kontext des Schöffenamtes ein.

Input der Lehrkraft:

- Erklären Sie das Schöffenamts (Wie werden Schöffinnen und Schöffen gewählt, welche Rechte und Pflichten haben sie, und welche Rolle spielen sie im deutschen Rechtssystem?)
- Stellen Sie den Zusammenhang zwischen demokratischer Partizipation und der Frage der Legitimität dar. (Warum ist es wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger in bestimmten Fällen an der Rechtsprechung beteiligt werden?)

Kontroverse: Das Schöffenamts als wünschenswerte Partizipation des Volkes vs. Risiken eines Machtmissbrauchs durch rechtsextremistische Unterwanderung

Erarbeitung

Fallbeispiel: Extreme Schöffin: Der Fall der Gitta K.

Auf der Richterbank im Landgericht Erfurt fällt Gitta K. Anfang des Jahres kaum auf. Die Schöffin trägt einen grauen Blazer, wie so oft vor der Verhandlung justiert sie ihre Leselampe neu. Die Wahlperiode für Schöffinnen und Schöffen läuft bereits seit vier Jahren und endet im Dezember. K. ist also eine erfahrene Laienrichterin, sie hat schon über das Schicksal vieler Angeklagter mitentschieden. Zunächst sieht es so aus, als wäre auch dieser Fall keine Ausnahme: Es geht um drei mutmaßliche Schleuser, die rund 100 Menschen aus Nicht-EU-Staaten Jobs in Deutschland verschafft haben sollen. Der Prozess hat gerade erst begonnen, da fällt einem Journalisten im Saal - zufällig - etwas auf.

Der Zuschauer hat Gitta K. erkannt - und zwar nicht nur als Mathe- und Physiklehrerin aus Erfurt, als die sie dem Gericht bekannt ist. Der Journalist erkennt in K. auch eine Aktivistin der rechtsextremen Szene. Im vergangenen November etwa organisierte sie eine Großdemonstration, auf der Thüringens AfD-Chef Björn Höcke mit "Compact"-Herausgeber Jürgen Elsässer und Pegida-Initiator Lutz Bachmann marschierte, wie der MDR berichtete. Recherchen des Senders zufolge verbreitet K. zudem Verschwörungstheorien der Querdenken-Bewegung, des Reichsbürgermilieus und sowie massenhaft russische Propaganda. All dies war für das Landgericht Erfurt Grund genug, den Prozess auszusetzen und im März mit anderen Schöffen neu zu beginnen. Von denen hat Deutschland allerdings alles andere als genug, wie derzeit deutlich wird. Für die nächste Amtszeit von 2024 bis 2028 sucht der Staat händeringend nach Kandidatinnen und Kandidaten - es gilt, allein in den Straferichten rund 60.000 freie Posten zu besetzen. Der Staat wirbt also fleißig für das Amt. Zudem kann er Bürger aus dem Melderegister für den Posten rekrutieren - die ersten Briefe mit solchen Verpflichtungen wurden bereits verschickt. Denn die freiwilligen Bewerbungen für das Amt reichen bei Weitem nicht aus. Diese Not wissen vor allem Rechte für sich zu nutzen. [...]

Trotzdem ist Gitta K. bei Weitem kein Einzelfall auf Deutschlands Richterbanken. Vor ein paar Jahren fiel in Berlin eine Schöffin auf, die Asylbewerber auf Facebook als "Halbwilde und Tiere" bezeichnete. In Essen gab ein ehrenamtlicher Richter selbst zu, sowohl AfD- als auch NPD-Mitglied zu sein und in Stuttgart urteilte ein Laienrichter, der seit 1989 Mitglied einer Neonazi-Rockband war. [...]

Im Fall von Gitta K. aus Erfurt hat der Schöffinnenverband [...] eine sorgfältige Prüfung und "gegebenenfalls Konsequenzen" verlangt. Der Fall liegt nun beim Oberlandesgericht Thüringen. Die Entscheidung, ob Gitta K. bis zum Ende des Jahres weiter als Schöffin urteilen darf, wurde jedoch noch nicht getroffen, wie das Gericht auf Nachfrage von ntv.de mitteilte. Selbst, wenn sie ihrem Amt enthoben wird, ist es für all die Entscheidungen, an denen sie die vergangenen vier Jahre mitgewirkt hat, allerdings ohnehin zu spät. Gegen diese könne man nicht mehr vorgehen, erklärt Müller. "Die sind alle rechtskräftig."

<https://www.ntv.de/panorama/Wie-es-Rechtsextreme-auf-die-Richterbank-schaffen-article23959358.html>

1. Analysieren Sie den Fall hinsichtlich der folgenden Fragen:

- Was sind die rechtlichen und moralischen Dimensionen der rechtsextremistischen Unterwanderung des Schöffenamts?
- Was könnte getan werden, um solche Vorfälle zu verhindern?

- Wie lässt sich demokratische Partizipation mit den Gefahren der extremistischen Unterwanderung vereinbaren?

2. Entwickeln Sie Strategien, um eine politisierte Besetzung des Schöffenamtes zu verhindern.

Prüfmaterial

Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)

§ 33 [Ungeeignete Personen]

Zu dem Amt eines Schöffen sollen nicht berufen werden:

1. Personen, die bei Beginn der Amtsperiode das fünfundzwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben würden;
2. Personen, die das siebzigste Lebensjahr vollendet haben oder es bis zum Beginn der Amtsperiode vollenden würden;
3. Personen, die zur Zeit der Aufstellung der Vorschlagsliste nicht in der Gemeinde wohnen;
4. Personen, die aus gesundheitlichen Gründen für das Amt nicht geeignet sind;
5. Personen, die mangels ausreichender Beherrschung der deutschen Sprache für das Amt nicht geeignet sind;
6. Personen, die in Vermögensverfall geraten sind.

<https://www.schoeffenwahl.de/kommunen/rechtsvorschriften.html>

MERKBLATT FÜR SCHÖFFEN

14 Enthebung aus dem Amt

Ein Schöffe ist seines Amtes zu entheben, wenn er seine Amtspflichten gröblich verletzt hat (§§ 51 Abs. 1, 77 GVG). Dies kann bei wiederholtem unentschuldigtem Fernbleiben von Sitzungen, Unerreichbarkeit oder Verweigerung der Eidesleistung in Betracht kommen. Auch das Eintreten für verfassungsfeindliche Ziele kann eine Amtsenthebung rechtfertigen; hierbei kann der Mitgliedschaft in einer - nicht nach Art. 21 Abs. 2 GG verbotenen - Partei, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, eine besondere Bedeutung zukommen.

https://www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/S/strafrecht/Downloads/Merkblatt_Schoeffen.pdf?__blob=publicationFile&v=2

SuS-Urteil zur Leitfrage

Ist das Schöffenamts in seiner Form eine wünschenswerte Partizipation des Volkes, oder birgt es zu viele Risiken eines Machtmissbrauchs durch rechtsextremistische Unterwanderung?

Partizipation	Machtmissbrauch
Schöffenamts als wichtige Form der Bürgerbeteiligung – stärkt Demokratieverständnis: Schöffen tragen zur Legitimation des Rechtssystems bei.	Schöffen können aufgrund ihrer politischen Neigungen Entscheidungen beeinflussen, die nicht auf dem Recht, sondern auf ideologischen Motiven beruhen
Vertrauen in den Rechtsstaat und größere Identifikation mit der Justiz	Juristisches Fachwissen fehlt
Laienrichtern können dazu beitragen, die Justiz vor politischer Einflussnahme und Elitenmacht zu schützen	Schöffen sind nicht immer in der Lage, sich politische Neutralität zu bewahren, insbesondere in politisch oder gesellschaftlich polarisierten Zeiten
Gesellschaftlicher Repräsentation zusätzlich zu Fachjuristen: pluralistische Rechtsprechung	Wahlprozess von Schöffen birgt das Risiko, dass in bestimmten Regionen oder durch bestimmte politische Gruppierungen systematisch

	Personen mit extremistischen Neigungen für das Schöffengericht nominiert werden
Schöffengericht als Kontrollinstanz	Mögliche Polarisierung und Verzerrung der Rechtsprechung führt zu Vertrauensverlust in unparteiliche Rechtsprechung
	Praxis oft wenig effektive Kontrolle und Überwachung des Schöffengerichts bzw. der Schöffengerichtswahl

„Das Schöffengericht stellt grundsätzlich eine wertvolle Form der demokratischen Partizipation dar. Es ermöglicht den Bürgerinnen und Bürger, aktiv an der Rechtsprechung teilzunehmen, was das Vertrauen in den Rechtsstaat stärkt und eine breitere gesellschaftliche Repräsentation gewährleistet. Durch die Mitwirkung von Laienrichtern und Laienrichterinnen wird die Gefahr einer Elitenjustiz verringert und die Unabhängigkeit der Justiz gestärkt.

Jedoch birgt das Schöffengericht auch erhebliche Risiken. Die Wahl von Schöffengericht ohne ausreichende Kontrollen könnte dazu führen, dass rechtsextreme Tendenzen in die Rechtsprechung Einzug halten. Schöffengericht könnten ihre politischen Überzeugungen in ihre Entscheidungen einfließen lassen, was die Unparteilichkeit und Legitimität der Justiz gefährden würde. Der Mangel an juristischer Expertise könnte zudem zu fehlerhaften Urteilen führen.

Mein Demokratieverständnis basiert auf der Überzeugung, dass Bürgerinnen und Bürger aktiv am staatlichen Entscheidungsprozess teilnehmen sollen. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass das Schöffengericht vor Missbrauch und ideologischen Einflüssen geschützt wird. Dafür sind stärkere Kontrollen und eine sorgfältigere Auswahl der Schöffengericht notwendig.

Zusammenfassend ist das Schöffengericht eine wünschenswerte Partizipation, solange geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um rechtsextremistische Unterwanderung zu verhindern und die Unabhängigkeit der Justiz zu wahren.“